

»Wenn nötig, verschärfen wir den Konflikt«

Streik an der Uni: In Berlin haben die studentischen Hilfskräfte die Arbeit niedergelegt.

Ein Gespräch mit Udo Mertens

Seit Dienstag wird an den Berliner Hochschulen gestreikt, um einen neuen Tarifvertrag durchzusetzen (jW berichtete). Heute geht der dreitägige Ausstand zu Ende. Was passiert, wenn sich die Hochschulen wieder nicht bewegen?

Wir werden sehen, wie die Arbeitgeber auf die bisher vier Streiktage reagieren. Die Hochschulen werden es sich sehr genau überlegen müssen, ob sie sich weitere Streiks und damit Behinderungen bis hin zur Lähmung in vielen Bereichen leisten wollen. Wenn nötig, werden wir den Konflikt verschärfen. Das steht außer Frage.



Udo Mertens ist Leiter des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik beim Berliner Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Nun hat es ja bereits einen eintägigen Warnstreik in der Vorwoche gegeben. Auch danach rührten sich die Hochschulen nicht, oder?

Nun ja, ich meine immerhin schwache Signale für eine vielleicht bevorstehende Annäherung zu verspüren. Aber Fakt ist: Es liegt noch kein neues Angebot vor.

Und was hat es mit den »schwachen Signalen« auf sich?

Ich gehe davon aus, dass es in den nächsten Tagen ein verbessertes Angebot geben wird.

Sie glauben, dass der Ausstand Eindruck hinterlassen hat?

Natürlich, sonst hätten wir erst gar nicht zum Streik aufgerufen. Was die studentischen Beschäftigten auf die Beine gestellt haben, ist enorm und beweist, wie motiviert sie sind und wie ernst es ihnen mit ihren Forderungen nach besserer Bezahlung und der Wiederanbindung an die allgemeine Lohnentwicklung ist. Seit Dienstag sind an den Unis mehrere Dutzend Aktionen gelaufen: Versammlungen, Demos, Vorträge, Workshops und allerhand mehr. Das alles zeigt: Die Bewegung an den Hochschulen wird immer größer und stärker. Darüber werden die Arbeitgeber nicht länger hinwegsehen können.

Und wenn doch? Wird dann demnächst eine ganze Woche gestreikt?

Das werden wir dann sehen müssen. Denkbar wären durchaus auch andere Protestformen. Aber klar ist schon, dass wir eine Schippe drauflegen können.

Können Sie beziffern, wie viele der rund 8.000 Hilfskräfte an

den Arbeitskampfmaßnahmen beteiligt sind?

Das kann man schwer konkret benennen, weil die studentischen Beschäftigten keinen Achtstundentag mit einer Fünftagewoche haben. Bei der Kundgebung auf dem Bebelplatz beim ersten Warnstreik waren auf jeden Fall weit über tausend Betroffene vertreten. Ähnlich hoch war die

Beteiligung auch in diesen Tagen. Was man so hört, war das an den Hochschulen sehr deutlich zu spüren. Zum Beispiel mussten an der Freien Universität das Computerzentrum und Teile des Sprachzentrums dichtmachen, dazu hatte die Bibliothek verkürzte Öffnungszeiten.

Inwieweit wirkt die Kampf Stimmung ansteckend auf Kommilitonen und andere Hochschulmitarbeiter in der

Verwaltung, Dozenten oder wissenschaftliche Mitarbeiter?

Uns hat eine ganze Reihe Solidaritätsadressen erreicht, und wir spüren eine starke Unterstützung durch allen Seiten: von Studierenden, aber auch von Professoren. Der Konflikt ist ja gewissermaßen exemplarisch für die insgesamt schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Wir schlagen deshalb auch thematisch den Bogen zu anderen benachteiligten Gruppen, etwa im akademischen Mittelbau. Dort werden die Leute ja in der Mehrheit mit Ketten- und Kurzeitverträgen abgespeist. Die Hochschulleitungen verschließen konsequent die Augen davor, unter welchen widrigen Bedingungen viele ihrer Mitarbeiter zu leben haben. Studentische Beschäftigte werden heute zu 30 Prozent schlechter bezahlt als vor 17 Jahren. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) wirft Ihnen vor, unerfüllbare »Maximalforderungen« zu stellen. Was entgegnen Sie?

Die von uns verlangten 14 Euro Stundenlohn entsprechen lediglich dem Inflationsausgleich. Das Maximalforderung zu nennen, ist grotesk. Wir gehen davon aus, dass das Geld für Verbesserungen mit den Hochschulrahmenverträgen bereitgestellt ist. Das ist auch das, was die politisch Verantwortlichen kommunizieren. Offenbar geht es den Hochschulen darum, Geld auf dem Rücken der Schwächsten zu sparen, um es an anderer Stelle auszugeben. Damit werden sie aber nicht durchkommen. **Interview: Ralf Wurzbacher**